

25.03.2024 - 16:16 Uhr

Aserbaidshans greift CSI im UNO-Menschenrechtsrat an



Genf/Binz bei Maur (ots) -

Christian Solidarity International forderte vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf die sichere Rückkehr der vertriebenen Armenier nach Berg-Karabach und die Freilassung aller in Aserbaidshans inhaftierten Armenier. Der Versuch der aserbaidshansischen Delegation, CSI zu diskreditieren, ist ein Schlag ins Leere.

Nach ihrer Vertreibung durch Aserbaidshans, fordert die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI), das Recht für insgesamt 150'000 Armenier, in ihre Heimat Berg-Karabach (Arzach), zurückzukehren. Am 21. März 2024, anlässlich der 55. Sitzung des UNO-Menschenrechtsrates in Genf, erinnerte Joel Veldkamp von CSI an den Beschluss des Internationalen Gerichtshofs vom 17. November 2023: Aserbaidshans hat sicherzustellen, dass die Armenier ungehindert nach Berg-Karabach zurückkehren können.

Als Reaktion griff die aserbaidshansische Delegation Christian Solidarity International an. In Aserbaidshans sei eine "grosse christliche Gemeinschaft" beheimatet und "Religion soll nicht mit Konflikten in Verbindung gebracht werden", meinte die aserbaidshansische Delegierte und lud CSI ein, Aserbaidshans zu besuchen, um sich selbst ein Bild zu machen.

John Eibner, internationaler Präsident von CSI, entgegnete: "Sobald die armenischen Christen von Berg-Karabach sicher in ihre Heimat zurückkehren und dort ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können, werden wir diese Einladung gerne annehmen."

Nach Angaben des nichtstaatlichen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center gibt es in Aserbaidshans rund 280'000 Christen, das sind etwa 3 Prozent der Bevölkerung. Sie gehören hauptsächlich der russisch- und der georgisch-orthodoxen Kirche an. Wie alle Religionsgemeinschaften in Aserbaidshans unterliegen ihre Aktivitäten strengen staatlichen Kontrollen. Die Religionsfreiheit ist eingeschränkt, und christliche Konvertiten werden von den Behörden schikaniert. Mehr als 350'000 armenische Christen wurden in den Jahren 1988 bis 1991 durch staatlich sanktionierte Pogrome aus Aserbaidshans vertrieben.

Die aserbaidshansische Delegation kritisierte vor dem UNO-Menschenrechtsrat nicht allein CSI, sondern auch die Schweiz. Sie warf ihr vor, "korrupte NGOs" zu finanzieren, deren einzige Absicht es sei, "Aserbaidshans Image zu beschmutzen". Zwar wurde Christian Solidarity International in diesem Zusammenhang nicht namentlich erwähnt, doch weil CSI den Hauptsitz in der Schweiz hat, ist dieser Schluss naheliegend.

Weshalb die aserbaidshansische Behauptung ein Schlag ins Leere ist, erklärt Simon Brechbühl, Geschäftsführer von CSI-Schweiz: "CSI erhält keinerlei finanzielle Unterstützung aus der Staatskasse." Die gesamte Finanzierung, in der Schweiz und anderswo, stamme von Kirchen und Einzelpersonen, welche den Auftrag von CSI teilten, nämlich den Verfolgten zu helfen und sich für die Religionsfreiheit einzusetzen. Brechbühl: "Wir sind im wahrsten Sinn des Wortes eine Nicht-Regierungsorganisation."

CSI forderte in ihrer Intervention beim Menschenrechtsrat sowohl Armenien als auch Aserbaidshans auf, mit dem von der Nationalversammlung von Arzach (Berg-Karabach) eingesetzten und vom ehemaligen armenischen Aussenminister Vartan Oskanian geleiteten Komitee für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes von Arzach zusammenzuarbeiten, um den Armeniern von Karabach eine sichere und friedliche Rückkehr in ihre Heimat unter internationalen Garantien zu ermöglichen.

CSI wird sich weiterhin mit den Armeniern solidarisieren, da sie in ihrer Heimat von der Türkei und Aserbaidtschan bedroht werden.

Videos:

Joel Veldkamp (CSI) vor dem UNO-Menschenrechtsrat: "Es ist immer noch möglich, die ethnische Säuberung von Berg-Karabach rückgängig zu machen." <https://youtu.be/jSaTfCeqYwY>

UNO-Menschenrechtsrat: Aserbaidtschan greift CSI an: <https://youtu.be/8MiE0kkjQHI>

Pressekontakt:

Joel Veldkamp, Internationale Kommunikation CSI, +41 76 258 15 74, joel.veldkamp@csi-int.org

Rolf Höneisen, Kommunikation CSI-Schweiz, +41 79 333 38 79, rolf.hoeneisen@csi-schweiz.ch

Christian Solidarity International, +41 44 982 33 33, info@csi-schweiz.ch, www.csi-schweiz.ch

Medieninhalte



Derzeit tagt der UNO-Menschenrechtsrat in Genf. CSI ist mit einem Delegierten vertreten. / Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100007062 / Die Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei. Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007062/100917402> abgerufen werden.